



Deutsches Forschungsinstitut
für öffentliche Verwaltung

Umsetzungsbegleitung KJSG

Umstellung der Verwaltungsstrukturen im
Bereich der Eingliederungshilfe

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Worum soll es gehen?

- » Über uns
- » Über das Projekt
- » Erste Eindrücke
 - > Organisation des Umstellungsprozesses
 - > Wahl einer Organisationsform
 - > Zusammenwachsen von Jugend- und Eingliederungshilfe
 - > Umgang mit Schnittstellen
- » Projektausblick

Über uns 1/2


Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung (FÖV)

- » nationales deutsches Verwaltungsinstitut
- » von Bund und Ländern getragen
- » Hauptsitz: Speyer; Dienststelle: Berlin
- » methodisch fundierte innovative Forschung
- » wissenschaftsbasierte Beratung
- » interdisziplinäre Teams
- » enger Dialog mit der Praxis



Über uns 2/2

Projektteam



Prof. Dr. Jan Ziekow
Projektleitung
Direktor des Forschungsinstituts



Dr. Jenny Rademann
Projektkoordination
Forschungsreferentin
Politikwissenschaftlerin

Sechs weitere Personen

Projektmitarbeit
Forschungsreferentinnen und -referenten
Verwaltungswissenschaft, Sozialwissenschaft, Politikwissenschaft, Rechtswissenschaft

Projektziele

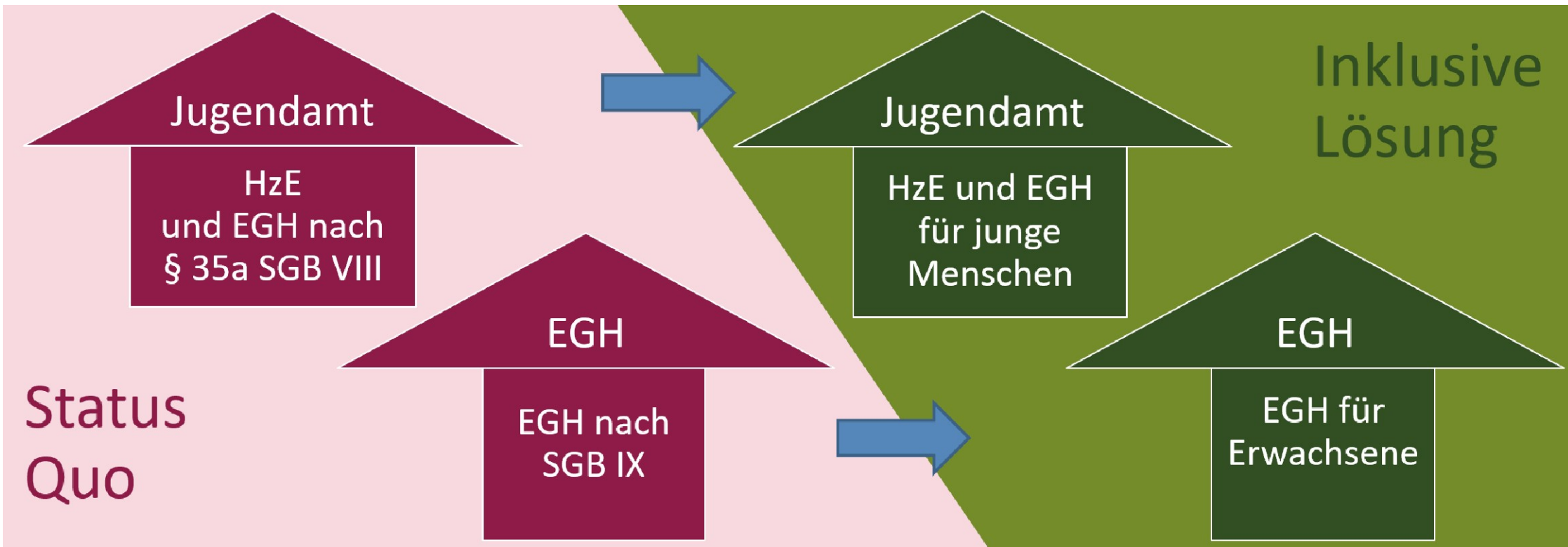
- » Erarbeitung einer Handreichung zur bundesweiten Unterstützung der Verwaltungsumstellung
- » Erkenntnisse generieren über
 - > mögliche Organisationsformen nach der Umstellung
 - > mögliche Verfahrenswege bei der Einführung der neuen Strukturen
 - > Hindernisse und Lösungsansätze in der Umsetzung der Verwaltungsumstellung
 - > Sorgen und Wünsche der Mitarbeitenden betroffener Ämter

Handreichung



Projekthintergrund

Notwendigkeit von Verwaltungsanpassungen



Projektdesign

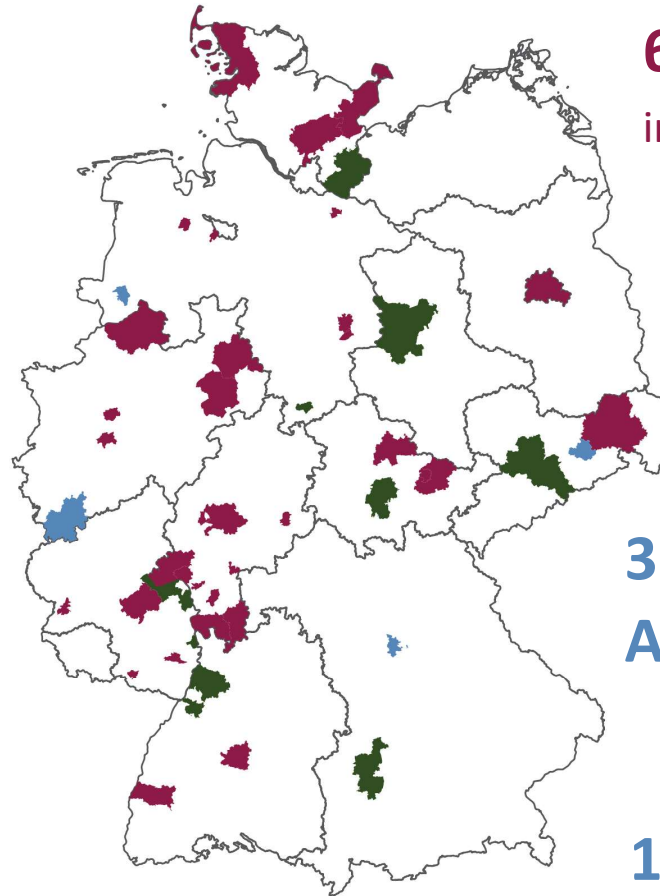


Erhebungen bisher

Literatur und
Dokumente

Gespräche mit
Expertinnen und
Experten

Veranstaltungs-
teilnahmen



6 Fokusgruppen mit
insgesamt **21 Kommunen**

**14 Einzel- oder
Gruppeninterviews**

8 Workshops

**3 Sitzungen von
Arbeits-/Steuerungsgruppen**

20 Gespräche

1 Austauschtreffen

Quelle Geodaten: BKG. <http://gdz.bkg.bund.de>

Sachstandsbericht

Erste Eindrücke aus den Erhebungen 03/2022 – 10/2023 insbesondere bei den **Erfahrungskommunen**

- » vier Schwerpunktthemen für diese erste Auswertung
 - > Organisationsformen
 - > Organisation des Umstellungsprozesses
 - > Zusammenwachsen von Jugendhilfe und Eingliederungshilfe
 - > Umgang mit Schnittstellen

» Momentaufnahme aus dem Projektprozess

» kein Anspruch auf Allgemeingültigkeit!

» Online verfügbar unter

https://dopus.uni-speyer.de/files/6728/FOEV_KJSG-Projekt_Sachstandsbericht2023.pdf

Im Folgenden ergänzt
durch Zitate und
Beispiele aus der Praxis

Erste Eindrücke 1/4

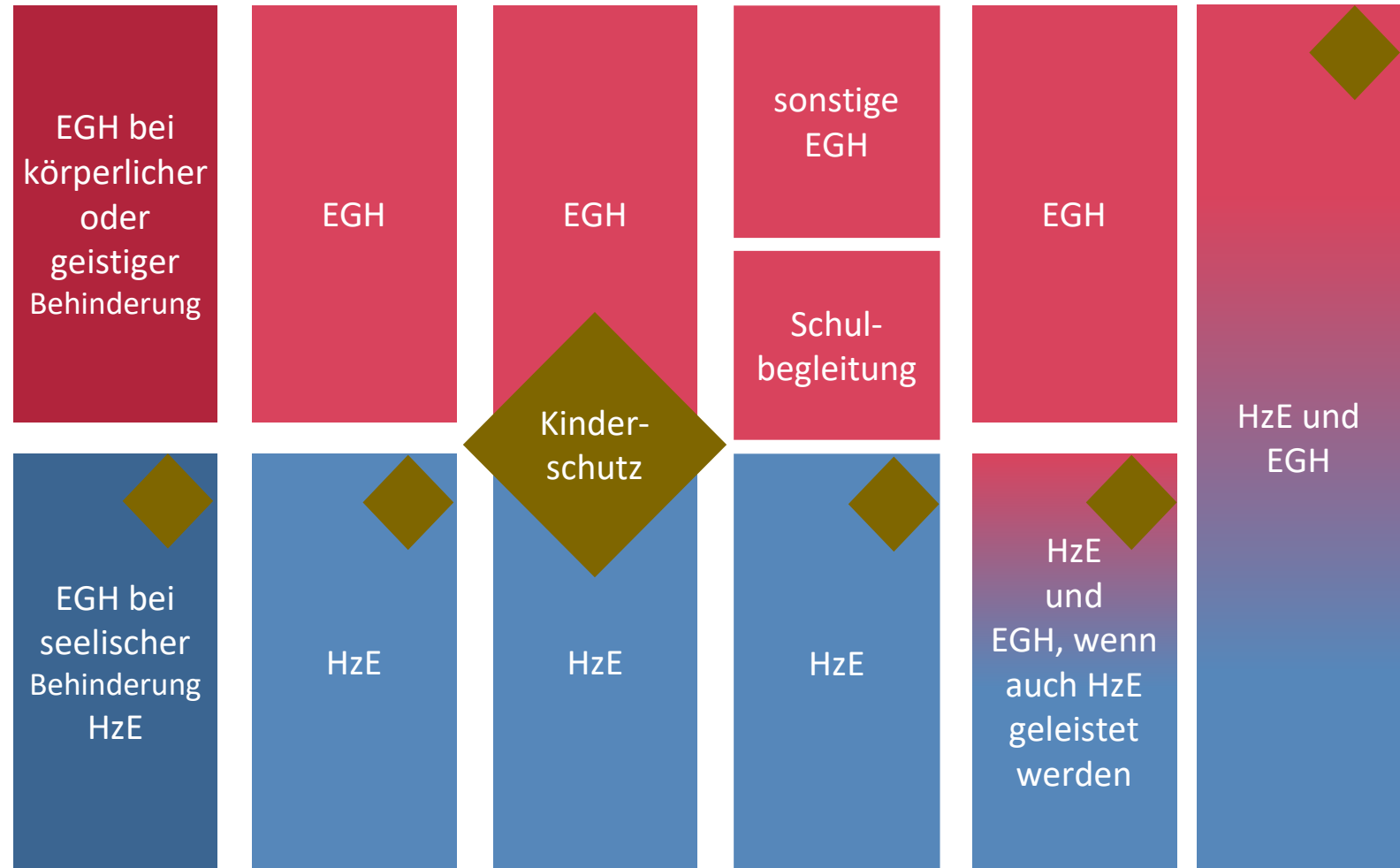
Organisationsformen der Inklusiven Lösung

- » verschiedene Optionen
- » schrittweiser Übergang
denkbar

Stimmen aus der Praxis:

„Alle Kinder kommen
zum Jugendamt.“

„Sozialraumteams
schauen gemeinsam
Fälle an.“



Praxisbeispiel: Auswahl einer Organisationsform 1/2

Vorbereitung der Inklusiven Lösung in einem Landkreis: (modifizierte) SWOT-Analyse

Variante	1) HzE + EGH in Personalunion	2) Sonderdienst EGH im ASD	3) eigene Sachgebiete für EGH	4) eigener Fachdienst für EGH inkl. Verwaltung
Chancen
Risiken
Umsetzungserfordernisse
Schulungsbedarfe

Praxisbeispiel: Auswahl einer Organisationsform 2/2

Vorbereitung der Inklusiven Lösung in einem Landkreis: SWOT-Analyse, Beispiel: Sonderdienst EGH

» Chancen

z. B. „inhaltlich überschaubar, weniger Qualifikationsanforderungen, Wechselbereitschaft wahrscheinlich“

» Risiken

z. B. „Bedarfsermittlung und Fallsteuerung HzE + EGH nicht ‚aus einer Hand‘, widerspricht den aktuellen fachlichen Standards, Schnittstelle zw. HzE und EGH wird geschaffen bzw. bleibt bestehen“

» Umsetzungserfordernisse

z. B. „Organisationsuntersuchungen müssen abgeschlossen sein (Personalbedarfsplanung), Fallschlüssel für ASD und Sonderdienst ermitteln, Führungsspanne betrachten, veränderte Raumbedarfe ermitteln und decken, Schnittstelle zwischen EGH und Sonderdienst muss beschrieben werden“

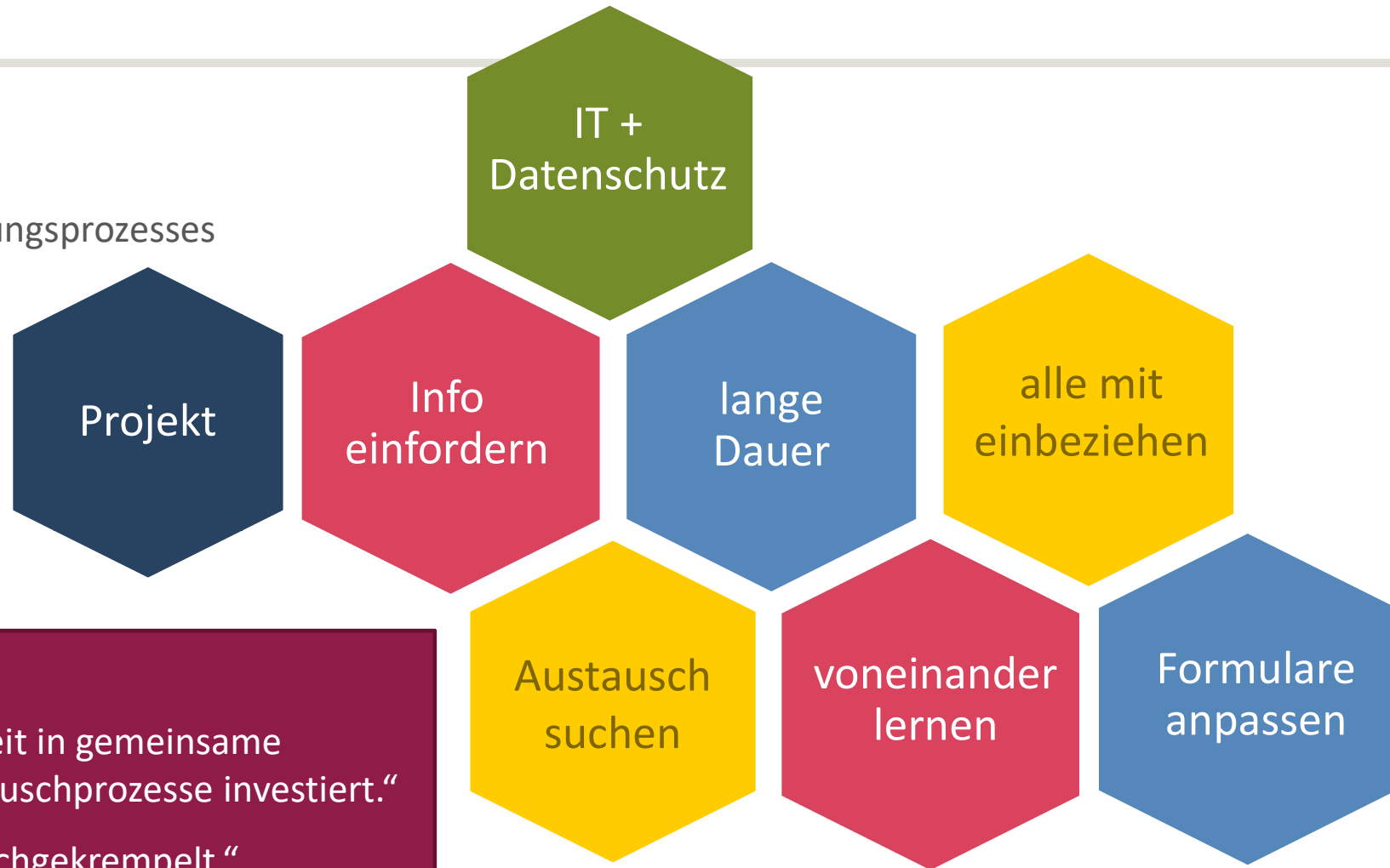
» Schulungsbedarfe

z. B. für MA aus der EGH: „Besonderheiten des SGB VIII (§ 35a), Instrumente (Hilfeplan § 36 SGB VIII)“
für MA des ASD: „Leistungsspektrum des vorschulischen Bereichs, Geistige und körperliche Behinderungsbilder, Besonderheiten des Rehabilitationsrechts“

Erste Eindrücke 2/4

Organisation des Umstellungsprozesses

- » einerseits: planen, durchdenken
- » andererseits: Dinge anpacken



Stimmen aus der Praxis:

„Wir haben enorm viel Zeit in gemeinsame Abstimmungs- und Austauschprozesse investiert.“

„Wir haben die Ärmel hochgekrempt.“

Praxisbeispiel: Organisation des Umstellungsprozesses

Projektstruktur in einer Großstadt

Steuerungsgruppe „Inklusive Lösung“

AG
Struktur

AG
Verfahren

AG
Beteiligung

AG
Haushalt

AG
Räume

AG
Planung

AG
Personal

AG
IT (Fach-
verfahren)

Erste Eindrücke 3/4

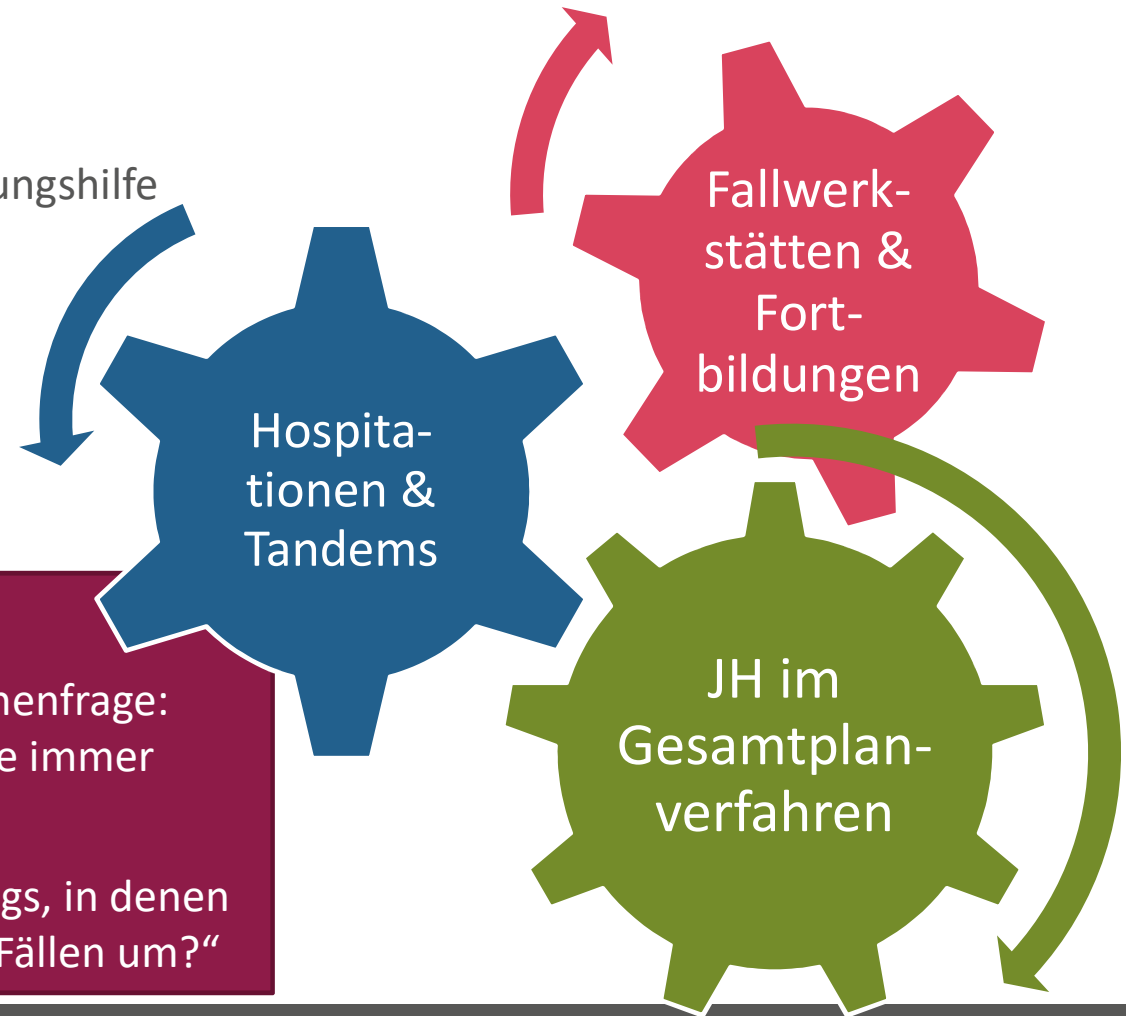
Zusammenwachsen von Jugendhilfe und Eingliederungshilfe

- » bestehende Möglichkeiten nutzen!
- » Verfahrenslotsinnen und -lotsen nutzen, aber nicht mit Erwartungen überfrachten

Stimmen aus der Praxis:

„Wenn wir uns total verfransen, ist immer die Gretchenfrage: ‚Was ist gut für das Kind?‘ [Dann] finden wir am Ende immer einen gemeinsamen Nenner.“

„Um Haltung zu lernen, helfen wöchentliche Meetings, in denen Fälle geschildert werden: Wie gehen wir mit diesen Fällen um?“



Praxisbeispiel: Zusammenwachsen von JH und EGH

Ideen aus (Land-)Kreisen und kreisfreien Städten

- » Mitarbeitende beteiligen
- » Austauschformate schaffen, Abstimmungen, Supervision, Einarbeitung
- » wöchentliche Fallbesprechungen, Falltandems
- » gemeinsames Leitbild erstellen
- » Eingruppierungen an den ASD angleichen
- » gemeinsame Haltung muss von der Leitung vorgelebt werden
- » Führungskräfte müssen für Mitarbeitende greifbar und ansprechbar sein
- » regelmäßige Klausurtagungen, Fortbildungen

Erste Eindrücke

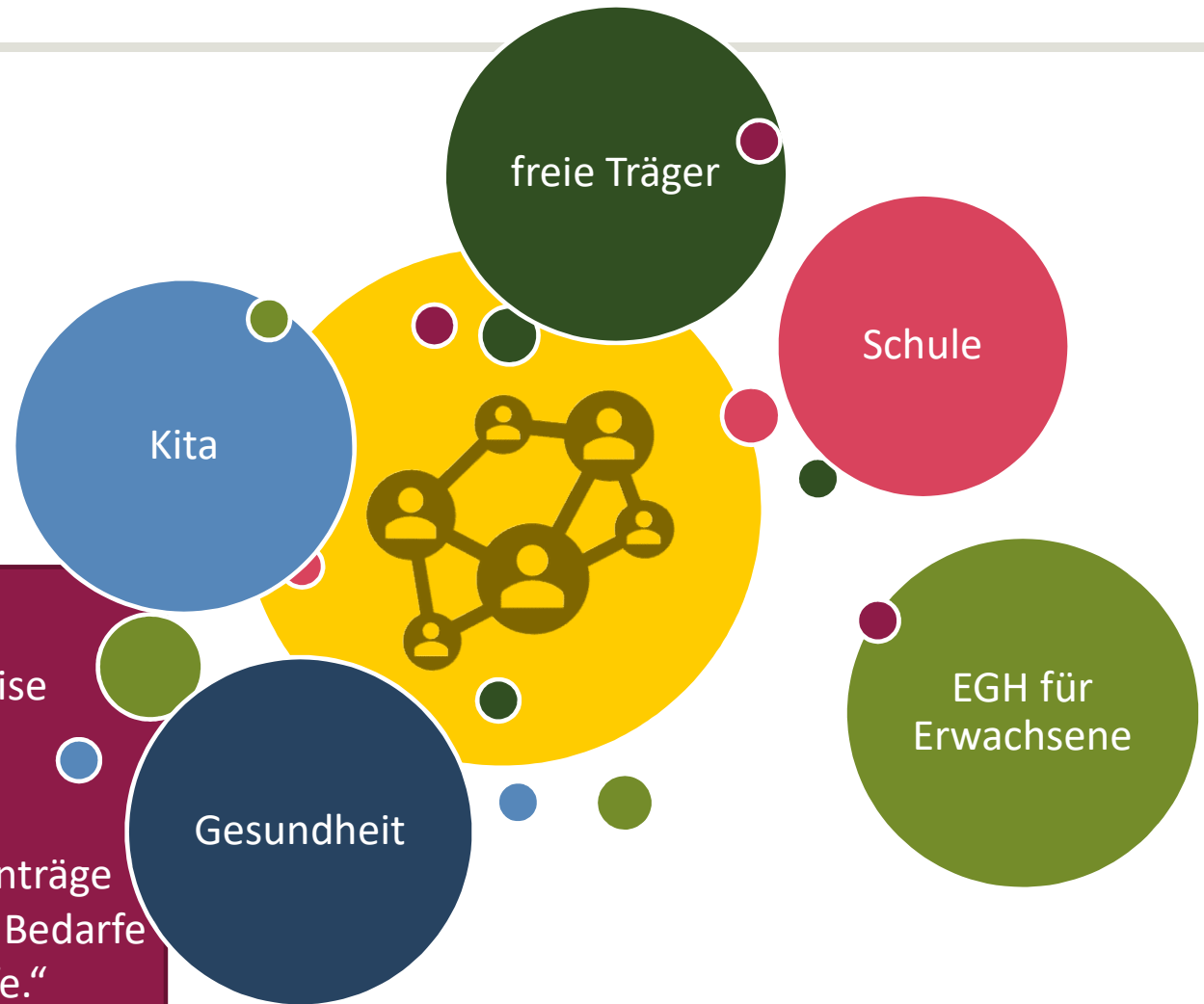
Umgang mit Schnittstellen

- » frühzeitig einbinden
- » systemische Lösungen suchen
- » Verträge/Vereinbarungen anpassen

Stimmen aus der Praxis:

„Vereinbarungen immer für beide Rechtskreise abschließen, bei SGB 9 auch immer mit Vereinbarung zum Thema Kinderschutz.“

„Inklusion kann nicht bedeuten, dass man Anträge stellen muss. [...] Wenn die Infrastruktur die Bedarfe abdeckt, gibt es keine weiteren Einzelbedarfe.“



Praxisbeispiel: Umgang mit Schnittstellen

Beteiligungsformen in (Land-)Kreisen und kreisfreien Städten

- » Bestehende Formate nutzen: z. B. AG 78
 - > ggf. Unter-AG für die Einführung der Inklusiven Lösung
 - > Welche Träger arbeiten bereits rechtskreisübergreifend?
- » Bestehende Netzwerke/Kontakte zu Trägern nutzen
- » Etablierung fester Ansprechpersonen für Schulen
- » Runde Tische mit freien Trägern
- » Einführung gemeinsamer Leistungsentgelte
- » Träger zu Gesamtpankonferenzen einladen, signalisiert auch Wertschätzung

Ausblick

Was wir vorhaben

- » Projektlaufzeit bis Ende 2025
- » Ergebnis: Handreichung
- » Abschlussbericht
- » Präsentation der Handreichung



Modellkommunen

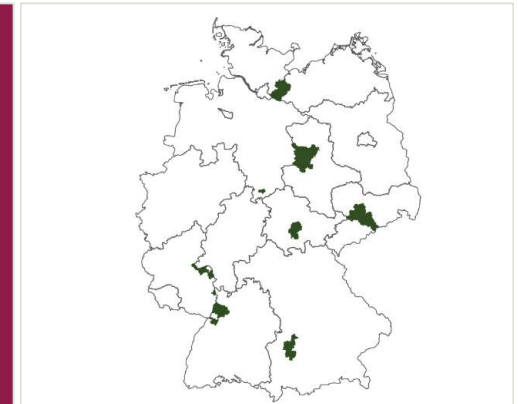


Umfragen,
Beobachtungen,
Interviews

Erfahrungskommunen



thematisch
fokussierte
Gespräche



Workshopkommunen



Brainstormings,
Meilensteine,
Simulationen



Deutsches Forschungsinstitut
für öffentliche Verwaltung

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

- › Dr. Jenny Rademann / jenny.rademann@foev-speyer.de
- › Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung
Freiherr-vom-Stein-Str. 2
67346 Speyer